

## Ängste zu schüren, ist unverantwortlich

Die Finanztransaktionssteuer wird mehr Gerechtigkeit und erhebliche zusätzliche Einnahmen bringen

Von Algirdas Šemeta

Die europäische Finanztransaktionssteuer kommt ihrer Verwirklichung Stück für Stück näher. Bei vielen Aspekten des Kommissionsvorschlags verdichtet sich der Konsens, und im Hinblick auf die verbliebenen Streitpunkte werden konstruktive Beiträge geleistet. Gleichzeitig hat sich unter den Bürgern eine massive Welle der Unterstützung für die Finanztransaktionssteuer aufgebaut. Ihnen ist klar, was diese Steuer bringen kann: eine gerechtere Verteilung der Steuerlast, einen stabileren Finanzsektor und erhebliche zusätzliche Einnahmen.

Je näher aber die Verwirklichung der Finanztransaktionssteuer kommt, desto schriller wird – kaum zufällig – die Rhetorik ihrer Gegner. Sie verdrehen die von der Kommission vorgelegten Zahlen und konstruieren damit Weltuntergangsszenarien bezüglich der Auswirkungen der Steuer auf Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit.

Solche unbegründeten Ängste zu schüren, ist wohlfeil und unverantwortlich. Fraglos ist eine offene und ehrliche Debatte über die Finanztransaktionssteuer von zentraler Bedeutung, aber sie muss auf Tatsachen gestützt sein. Sie muss außerdem mit Augenmaß geführt werden und auch wirklich auf die Inhalte des vorliegenden Vorschlags eingehen. Es ist also höchste Zeit, mit einigen

der Mythen, die sich um unseren Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer ranken, aufzuräumen.

Was erstens die wirtschaftlichen Auswirkungen angeht, wird die Finanztransaktionssteuer in der EU weder Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit schädigen, noch zu Beschäftigungsverlusten führen. Isoliert betrachtet verursacht jede Steuer wirtschaftliche Kosten. Aber die Kosten der Finanztransaktionssteuer sind gering und angesichts der enormen Unterstützung, die der Finanzsektor in den vergangenen Jahren erhalten hat, völlig legitim.

Zudem müssen sie mit den positiven Effekten aus der Verwendung der Einnahmen der Finanztransaktionssteuer verrechnet werden. Wenn die voraussichtlich 57 Milliarden Euro jährlich zur Konsolidierung der nationalen Haushalte, zur Senkung anderer Steuern oder zur Investition in öffentliche Dienste und Infrastrukturen verwendet werden, wird sich die Finanztransaktionssteuer sicherlich positiv auf Wachstum und Beschäftigung in Europa auswirken.

Zweitens können getrost Argumente vernachlässigt werden, wonach der einfache Bürger und das einfache Unternehmen die Hauptlast der Steuer zu tragen haben werden. Zunächst ist festzuhalten, dass die laufenden Finanztätig-

keiten der Bürger und Unternehmen nicht in den Anwendungsbereich der Steuer fallen. Von den betroffenen Umsätzen werden 85 Prozent ausschließlich zwischen Finanzinstituten abgewickelt. Sollte der Finanzsektor, auf den die Steuer abzielt, einen Teil der Kosten auf seine Kunden abwälzen, dürfte auch das im Endeffekt nicht unverhältnismäßig sein. Wer beispielsweise für 10 000 Euro Aktien kauft, wird sich 10 Euro Steuern auf diese Transaktion wohl leisten können.

Schließlich haben jene, die behaupten, dass die Finanztransaktionssteuer zu einer Massenflucht der Finanzmärkte aus Europa führen werde, den Kommissionsvorschlag entweder nicht gelesen oder nicht verstanden. Um genau dies zu verhindern, enthält der Vorschlag wichtige Maßnahmen zur Risiko-

minderung: den niedrigen Steuersatz, die breite Bemessungsgrundlage und das „Ansässigkeitsprinzip“. Wenn Finanzunternehmen die Finanztransaktionssteuer vermeiden wollen, müssen sie ganz auf ihre europäischen Kunden verzichten – was als Reaktion auf eine so geringfügige Steuer doch eher unwahrscheinlich ist.

Wer gegen die Finanztransaktionssteuer zu Felde zieht, muss sich zudem die Frage gefallen lassen, welche Alternativen es denn gibt. Viele Mitgliedstaaten erreichen die Grenze dessen, was an Sparmaßnahmen zumutbar ist. Sollte diese geringfügige Steuer zu Lasten des Finanzsektors für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit wirklich schlimmer sein als eine weitere Erhöhung der Einkommen- und Körperschaftsteuer oder tiefere Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben? Wenn der einfache Bürger höhere Steuern auf Löhne, Lebensmittel und Kraftstoff und Einschränkungen bei grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen hinnehmen muss, kann man dann nicht erwarten, dass auch der Finanzsektor seinen Teil beiträgt?

Die Finanztransaktionssteuer eröffnet die Möglichkeit, eine bedeutende zusätzliche Einnahmequelle zu erschließen und die Steuerlast neu auszutarieren – sodass diese von jenen getragen wird, die es sich leisten können.



Algirdas Šemeta ist EU-Kommissar für Steuern und Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung.

Foto: AFP